

AUTOKRATEN

Vorwärts und nicht vergessen

In Frankreich, Österreich und Amerika könnten alsbald Autokraten an die Staatsspitze gewählt werden. Das gefährdet die Demokratie.

VON Gero von Randow | 18. August 2016 - 02:59 Uhr

Das Problem mit der Demokratie ist, dass es sie in gewisser Weise gar nicht gibt. Sie hat keinen Ort und ist keine Institution; die Gebäude, die sie repräsentieren, die Parlamente und Verfassungsgerichte, die Ämter und Ministerien, können im Handumdrehen hohl werden. In Wahrheit beruht die Demokratie auf etwas Unsichtbarem: auf dem Grundvertrauen der Bürger in die Politik. Auf der Bereitschaft einer Regierung, die doch über alle Gewaltmittel der Exekutive verfügt, sich dem Willen eines Parlaments und dem Urteil eines Verfassungsgerichts zu unterwerfen. Und darauf, dass die Mehrheit der Bürger stets und freiwillig darauf verzichtet, antidemokratische Parteien zu wählen.

All dieses Unsichtbare kam uns jahrzehntelang so selbstverständlich vor, dass der (falsche) Eindruck entstand, die Demokratie sei sowieso da, wie Luft und Wasser, und zur Wahl stünden immer bloß Parteien, Präsidenten und Koalitionen – aber nie die Demokratie selbst. Das hat sich jetzt geändert. In den kommenden vierzehn Monaten wird in fünf zentralen Wahlen über nicht weniger abgestimmt als die Zukunft der westlichen Demokratien. Wer hätte das gedacht?

Schon länger steht es ernst um die Demokratie. Weltweit befindet sie sich auf dem Rückzug (siehe die Karte auf Seite 4). Nun aber könnten sich die Ereignisse ausgerechnet in ihren angestammten Heimatländern regelrecht überstürzen.

Die Serie beginnt in Italien. Bis Ende September 2016 soll dort per Referendum über eine Verfassungsreform befunden werden. Der Premierminister Matteo Renzi hat die Abstimmung zum Plebiszit über seine Person hochgejazzt. Den Umfragen zufolge will eine Mehrheit mit Nein stimmen: Die Folge wären Neuwahlen, und mit ihnen wohl ein Sieg der Populistentruppe um Beppe Grillo. Italiens Demokratie hätte plötzlich ihr Antlitz verändert, über Rom wehte wieder ein Hauch von Cäsarentum und Personenkult. Gleich danach, am 2. Oktober, wählt Österreich im zweiten Anlauf seinen Bundespräsidenten, womöglich einen Rechtsextremen.

Die nächste Stufe zündet am 8. November: Donald Trump hat die Chance, an diesem Tag als Sieger aus den amerikanischen Präsidentschaftswahlen hervorzugehen. Jeder weiß, dass die Welt dann eine andere wäre. Trump an der Spitze der stärksten Macht der Welt, die Hand am Drücker des größten Nuklearpotenzials: Könnten Amerikas demokratische Institutionen jemanden wie ihn noch daran hindern, größeres Unheil anzurichten?

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 33 vom 4.8.2016.

Im April kommenden Jahres sodann wird alles auf die traditionsreichste Demokratie des europäischen Kontinents schauen, auf Frankreich. Sollte es möglich sein, dass Marine Le Pen, also eine Rechtsradikale, die Präsidentschaftswahlen gewinnt? In Deutschland wiederum wird 2017 der Bundestag gewählt. In was für einem Land werden wir danach leben? Angenommen, die AfD käme auf, sagen wir – 20 Prozent. Dann stünde sie im Mittelpunkt der Politik. Alle anderen würden sie feindselig umkreisen und sogar nolens volens ihrer Behauptung recht geben, einem Parteienkartell gegenüberzustehen.

Ein Fahrplan ins Ungewisse. Dabei gibt es schon jetzt Gründe zuhauf, der Demokratie in Europa wegen beunruhigt zu sein. Unter dem Einfluss des islamistischen Terrors macht Frankreich den Ausnahme- zum Regelzustand, der die parlamentarische Kontrolle der Exekutive aushebelt. In Polen wird derzeit unter dem Protest der EU die Gewaltenteilung aufgelöst, Ungarn wiederum befindet sich in einem Dauerzustand antiliberaler Erregung. Und bei uns? Alles in Butter? Beinahe unbemerkt ist geblieben, was der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer am vergangenen Sonntag auf dem Trauerakt für die Opfer des Münchner Attentats von sich gab: "Sicherheit ist das höchste Gut einer Demokratie." Ach so? Nicht die Freiheit?

Unterdessen verhärten sich die Autokratien in Europas Nachbarschaft – systematisch in Russland, schlagartig in der Türkei. Sie können auch hierzulande auf Anhänger zählen. "Putin, hilf uns!" ist ein Slogan, der auf deutschnationalen Demonstrationen herumgetragen wird. Ausgerechnet Russlands Präsident, der seine Kritiker unerbittlich verfolgt, der soll helfen? Wem? Wobei? Man mag es sich nicht wirklich vorstellen.

Illiberale Demokratie? Das ist ein Widerspruch

Wie gefährdet die Demokratie ist, zeigt sich an der derzeitigen Konjunktur eines Begriffs, den der indisch-amerikanische Publizist Fareed Zakaria vor zwanzig Jahren prägte: illiberale Demokratie. Zakaria stellte fest, dass allgemeines Wahlrecht und Bürgerfreiheit nicht notwendigerweise Hand in Hand gehen. Dass es also Leute gibt, für die Demokratie und Liberalität auseinanderfallen.

Er meinte dies als Warnung. Jahre später griff Ungarns Staatschef Viktor Orbán die Formulierung Zakarias auf: als Anregung. Als Programm ausgerechnet für ein Land, dessen Demokratieggeschichte eine einzige Geschichte der Freiheitsrevolutionen ist, von 1848 über 1956 bis 1989.

In dieser Hinsicht ist Ungarn übrigens keine historische Ausnahme. Für das Recht der Völker, ihre Regierungen zu wählen und abzuwählen, wurde nicht nur in Ungarn, sondern immer und überall im Namen der Freiheit gefochten. Das ging über Jahrhunderte, und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben, man frage die Demokraten in China oder im arabischen Raum.

Historisch gesehen ist der Sinn der Demokratie die Bürgerfreiheit. Wer eine illiberale Demokratie will, beraubt sie dieses Sinnes.

Der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt sah das einst anders und schrieb, Demokratie und Diktatur lägen keineswegs im Widerspruch, solange Legitimität durch Abstimmungen erzeugt werde. Sein politisches Ideal war die Identität von Führern und Geführten (weshalb er sich auch bald darauf "dem Führer" zuwandte).

Schmitts liberaler Gegenspieler, der Österreicher Hans Kelsen, leitete indes die Demokratie nicht aus der Identität, sondern aus dem Freiheitsprinzip her: Von allen Systemen halte das demokratische Mehrheitsprinzip die Zahl derjenigen Bürger am kleinsten, deren Freiheit durch politische Entscheidungen eingeschränkt werde. Und auch diese Minderheiten müssten geschützt werden. Kelsens Theorie, der zufolge Liberalität keine Zugabe der Demokratie ist, kein Extra und kein Sahnehäubchen, sondern ihr Existenzgrund, hat sich durchgesetzt.

Mithilfe dieser Theorie lässt sich die Politik der Autoritären von heute besser begreifen. Insbesondere ihr völkischer Demokratiebegriff ist demokratiezerstörend. Denn sein Ausgangspunkt ist nicht das freie Individuum, sondern die Ethnie. Nicht die Differenz, sondern die Identität. Dieses Denken kommt sehr hässlich in der zweckentfremdeten Losung "Wir sind das Volk" zum Ausdruck, die auf rassistischen Kundgebungen in Deutschland ertönt. Wir! Und nicht die mit dunklem Teint oder ungewöhnlich zahlreichen Umlauten im Namen. Wenn aber das Rassisten-Wir das wahre Volk ist, dann ist alles, was ihm entgegensteht, logischerweise undemokratisch – wie die Bundeskanzlerin. Und unwahrhaftig – wie die Presse.

Völkisches und autoritäres Denken gehören zusammen, weil ihr gemeinsames Ideal die Identität ist. Und deshalb praktizieren autoritäre Machthaber die Demokratie mit Vorliebe im schmittschen Sinne: Sie holen sich als Obertanen das Plebiszit ihrer Untertanen, um die Identität von Führern und Geführten zu beurkunden. Zeitpunkt und Fragestellung ihrer Referenden bestimmen sie natürlich selbst, und sie dominieren die Öffentlichkeit – eine Karikatur der direkten Demokratie.

Damit ist der Mechanismus autoritärer Herrschaft, wie wir sie derzeit beobachten können, freilich noch nicht vollständig beschrieben. Plebiszitäre Rituale genügen ihr nicht, denn Autoritärsein umfasst die Möglichkeit, die Unterworfenen zu überwältigen. Außer der Legitimation von unten sucht die autoritäre Herrschaft daher Legitimation von oben, aus dem Himmelreich nationalistisch-religiöser Ideen – zu besichtigen in Osteuropa und in der Türkei, in Russland und anderswo. Die Methode, diesseitige Herrschaft im Jenseits zu verankern, ist so alt wie der Staat. Älter als die Demokratie. Gegen diese Herrschaftsmethode musste die Demokratie überhaupt erst erkämpft werden.

Doch nicht einmal mit den demokratischen Wahlprinzipien im engeren Sinne lebt das Illiberale in friedlicher Koexistenz. Es zerfrisst selbst die Regeln der Demokratie. Denn

autoritäre Machthaber können auf Dauer nichts dulden, was sie infrage stellt. Daher bedrängen sie unliebsame Kritiker, ob es nun Journalisten sind, Künstler oder NGOs, Richter oder oppositionelle Politiker. Bis eine Atmosphäre entstanden ist, in der die Wahl für sie gesichert ist – also nicht mehr frei.

Internationale der Nationalisten? Klingt paradox, ist aber möglich

Man könnte den benachbarten Antidemokraten beinahe dankbar sein, dass sie uns die unverfügbaren Verfassungsvoraussetzungen echter Demokratie noch einmal *ex negativo* vor Augen führen: Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Menschenrechte. Außerdem die gesellschaftlichen Voraussetzungen: Toleranz und eine lebendige Zivilgesellschaft. Das alles ist ihnen verdächtig, wenn sie es nicht gar rundheraus ablehnen.

Ihre Seelenverwandtschaft ergibt sich aus dem gemeinsamen Feindbild, das Polens Außenminister zu Beginn dieses Jahres auf unnachahmliche Weise mit einem "Mix von Kulturen und Rassen, einer Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen", beschrieb.

So unterschiedlich die autoritär-nationalistischen Anführer auch sein mögen, sie erkennen und schätzen einander. Da ist es nur natürlich, dass Le Pen mit Putin sympathisiert, Orbán mit Trump – und immer so weiter im nationalistischen Zitierkarussell.

Oder ist es mehr als das, bildet sich da eine echte politische Front? Die sogenannten Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei haben sich schon mal zu einer *pressure group* innerhalb der Europäischen Union formiert, und zwar mit dem erklärten Ziel, in Europa Mainstream zu werden. Diese Gruppe will zwar von der EU profitieren, jedoch die Übertragung von Souveränität an die Gemeinschaft rückabwickeln und ihr jeden Anflug von Weltoffenheit nehmen.

Putins Russland wiederum ist der Magnet im internationalen Kraftfeld ultranationalistischer Parteien geworden; regelmäßig wallfahren ihre Abordnungen gen Moskau. Und schließlich das dynamische Ost-West-Duo : Was Trump bisher über die Nato oder die Annexion der Krim von sich gab, waren kostbare Geschenke für Putin, so wie umgekehrt die Veröffentlichung von E-Mails der Demokratischen Partei Amerikas allem Anschein nach eine Aufmerksamkeit russischer Hacker für Trump war.

Die Vorstellung einer "nationalistischen Internationale" mag paradox wirken. Doch dass so etwas möglich ist, zeigt die Geschichte, die von der Heiligen Allianz europäischer Monarchien gegen die demokratischen Umtriebe im 19. Jahrhundert bis zu den Achsenmächten im Zweiten Weltkrieg reicht. Geht es gegen Liberalität und Weltoffenheit, dann wird noch der engstirnigste Nationalist zum Internationalisten. Es ist also denkbar und es sieht auch so aus, dass gegenwärtig – und in hohem Tempo – ein weltweit operierender Block des autoritären Nationalismus entsteht.

Damit tritt die Weltpolitik in eine neue Phase ein. In der konkurrieren nicht bloß Staaten – vielmehr Welten; nicht allein Systeme, sondern Lebensweisen; nicht nur Begriffe, sondern auch Emotionen.

Ein Kampf, auf den unsere Demokratie leider schlecht vorbereitet ist. Eigentlich hatte sich niemand mehr so recht vorstellen können, dass das Kämpfen noch mal nötig werden könnte. Und jetzt?

Stellen wir uns einen Bundespräsidenten (oder eine Bundespräsidentin) vor, der den Bürgern zuriefe: Ich weiß, ihr fühlt euch von uns Politikern oft alleingelassen. Nicht selten sind wir einfach zu selbstherrlich und fragen bei euch zu wenig nach. Vielleicht kriegen wir das alles demnächst besser hin, mit eurer Hilfe. Aber jetzt, Leute, geht es um die Wurst. Die Zeit ist gekommen, in der man die Demokratie verteidigen muss. Gegen drei Gefährdungen: die Repression in Europas Nachbarschaft, die autoritären Versuchungen europäischer Regierungen, die völkischen Umtriebe im eigenen Land.

Wetten, dass solche Worte ein lautes Echo fänden? Noch lauter wäre der Widerhall, griffe die Kanzlerin selbst zu diesem Mittel.

Die Schwäche der Demokratie, dass sie praktisch nur in den Köpfen der Menschen existiert, ist auch ihre Stärke. Es braucht nicht mehr als demokratisches Denken und demokratische Teilhabe, um sie zu erhalten. Wahlbeteiligung schafft Demokratie; und auch: sich wählen lassen, Debatten ohne Hass, Toleranz ohne Naivität, Fakten kennen, Lüge von Wahrheit unterscheiden. Eine Demokratie, die randvoll ist mit sich selbst, kann von niemandem abgeschafft und beseitigt werden.

Sagen wir es mit den Worten des weisen Mannes aus Rom: Runter vom Sofa!

Mitarbeit: Bernd Ulrich

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/33/demokratie-autokraten-wahlen-populismus>